

"Europa-Wirtschaft" in Die Welt (6. September 1949)

Legende: Am 6. September 1949 befasst sich die deutsche Tageszeitung Die Welt mit den Zielen und Schwierigkeiten der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. Hrsg. Küstermeier, Rudolf ; R Herausgeber Scherer, Hans. 06.09.1949, Nr. 134; 4. Jg. Hamburg: Die Welt. "Europa-Wirtschaft", p. 2.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"europa_wirtschaft"_in_die_welt_6_september_1949-de-a828bdb4-ace4-4edd-a0f6-98afaa5b25c4.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 14/05/2013

Europa-Wirtschaft

Eine europäische Wirtschaftsunion, das Ziel und Ideal nicht nur der Zeit von Briand und Stresemann, sondern schon vor dem ersten Weltkrieg, ist auch von der Beratenden Versammlung in Straßburg in ihrer wirtschaftspolitischen Empfehlung an den Rat gefordert worden. Das Ziel der Europawirtschaft ist geblieben, aber wegen der Zerrüttung der europäischen Währungen müssen heute andere Wege beschritten werden.

Europawirtschaft heißt Freiheit des Verkehrs für Personen, Kapitalien und Waren in Europa, damit alle Güter dort hergestellt werden, wo die Produktion am billigsten ist, und so durch eine Preissenkung die Kaufkraft aller gehoben werden kann. Die Freiheiten für den Personen- und Kapitalverkehr waren vor dem ersten Weltkriege eine Selbstverständlichkeit und schienen es auch wieder zwischen den beiden Kriegen zu werden. Zur Debatte stand damals vorwiegend die Beseitigung der Zollhindernisse. Man sprach auch mehr von Zollunion und Zollverein als Wirtschaftsunion. Die Zölle nieder! war der Schlachtruf, der Abbau der Zölle das Thema der Zollfriedens- und Weltwirtschaftskonferenzen. Währungsfragen wurden etwa gleichwertig mit der Forderung einer europäischen Briefmarke am Rande mitbehandelt.

Wäre die Lage heute eine ähnliche wie damals, dann könnte man von einer europäischen Versammlung nur einen Beschluß erwarten: In der Neujahrsnacht 1950 fallen in Europa alle Zollschranken wie einst in Deutschland in der Neujahrsnacht 1834. Leider sind aber die europawirtschaftlichen Bemühungen durch das währungspolitische Chaos überschattet. Die Zollschranken zählen neben den Devisenkontingenten kaum noch. Der Austausch stockt, weil fast alle europäischen Währungen nur noch Binnenwährungen sind und als solche nur noch begrenzt umgewechselt und konvertiert werden können. Die Beratende Straßburger Versammlung hat denn auch Maßnahmen zur Wiederherstellung der freien Konvertierbarkeit in den Vordergrund gestellt.

Ein freier Devisenverkehr ist in Europa erst möglich, nachdem jeder Staat im eigenen Hause Ordnung geschaffen hat, wie etwa Belgien dank einer klugen und zugleich durch besondere Umstände begünstigten Währungspolitik seine Franken konvertierbar und damit begehrt gemacht hat. Ein Motor tut aber not, um alle Staaten durch offene Kritik zum Handeln zu zwingen. Die OEEC, die Pariser Marshall-Plan-Organisation für Europawirtschaft, wäre die gegebene Stelle. Sie hat jedoch enttäuscht. Kaum ein Redner der Straßburger Tagung hat die OEEC verteidigt. Ihre Tätigkeit sei, so argumentierten die Kritiker, die Arbeit von Sachverständigen, von Technikern hinter verschlossenen Türen; die Gesichtspunkte der Delegierten seien nationalstaatliche und nicht europawirtschaftliche. Nichts würde getan, um ein europawirtschaftliches Verantwortungsgefühl zu schaffen. Ein neues Organ wurde somit in Straßburg angeregt. Dieses hätte Empfehlungen zur Koordinierung der europäischen Wirtschaft auszuarbeiten, aber eben nur Empfehlungen. Die Entscheidung würde weiterhin bei den Staaten liegen.

Die Straßburger Debatte zeigte leider die Stärke der nationalen Gesichtspunkte und Widerstände. Mancher Redner mahnte zur Vorsicht, warnte vor Illusionen. Delegierte Großbritanniens und der skandinavischen Länder waren am reserviertesten. Für sie sind andere Räume Realitäten. Für die Engländer ist es das britische Commonwealth, das eine Währungsgemeinschaft, ja eine Wirtschaftseinheit ist, wenn auch noch Zollschranken bestehen. Den skandinavischen Staaten liegt offensichtlich am Pfund-Block mehr als an der vorerst nur am Schreibtisch skizzierten Europawirtschaft. Somit würden für die Europawirtschaft die Staaten des westlichen und südwestlichen Kontinents bleiben. Die Benelux, die an der Nichtkonvertierbarkeit des Gulden krankt, und die italienisch-französische Zollunion, die über Schreibtischberatungen noch nicht hinausgediehen ist, könnten die ersten Zellen sein.

Fast alle Redner betonten, daß Westdeutschland dabei sein müßte. Die einzige wichtige Ausnahme war Paul Reynaud: Die Anwesenheit Deutschlands würde nichts zur Lösung beitragen, denn Deutschland wäre einer der am meisten leidenden Patienten, so meinte Frankreichs ehemaliger Ministerpräsident. Vom Europa hinter dem Eisernen Vorhang war auffallend wenig die Rede.

Französische Delegierte wie Paul Reynaud und André Philip betonten besonders eindringlich, daß Europa zwischen einer Europawirtschaft und einer unvorstellbaren Katastrophe zu wählen hätte. Die gegenwärtigen

Sorgen der europäischen Nationen könnten, so führte der Vertreter des sozialistischen Frankreich aus, nicht durch nationalpolitische Maßnahmen gemeistert werden. Eine radikale Neuordnung sei notwendig. Leider ist so etwas zu oft gesagt worden, haben sich solche Argumente etwas totgelaufen. Somit wird von weiten Kreisen nicht mehr genügend gewürdigt, daß dem so ist.

Die Beratende Versammlung, die sich dieser Auffassung angeschlossen hat, sieht eine Lösung nur in einer Europawirtschaft. Die Entscheidung liegt aber, wie zwischen den beiden Kriegen, bei den europäischen Staaten. Damals fehlte der Mut zu einem entschlossenen Handeln. Leider berechtigt bis jetzt nichts zu dem Schluß, daß die europäischen Nationen diesmal zu einer neuen Politik gelangen.